

mächtigen veranlaßte Politik eines „Kesselreibens“ gegen die sogenannten faschistischen Staaten bereits angenommen hat. Auch in Ägypten und Nordafrika kann von einer wirklichen Ruhe nicht die Rede sein. Was aber macht Frankreich in diesem Augenblick? Statt zu beruhigen, schlägt es in aufgeregtester Form seinen Generalresidenten in Tunis und seine Gouverneure von Algerien und Marokko nach Nordafrika zurück. Es trifft auch an der tunesischen Grenze jene berühmten militärischen „Schwimmnahmen“, die von den Bewohnern dieser Gebiete nur als verstekte Drohung gegen Italien und Nationalsozialisten empfunden werden können.

Die Bilanz der letzten Woche ist also keineswegs erfreulich. Sie stellt einen seltsamen Kommentar zu der inneren Haltung der westlichen Demokratien dar, die zwar in London in den Hauptkirchen für den Frieden beten, die aber zugleich für diesen Frieden in einer Weise aufrüsten, die an gesunde und echte Friedensabsichten nur mit Einschränkungen glauben läßt. Wenn trotzdem das deutsche Volk bei allem Ernst der Lage mit Zuversicht und Ruhe die allgemeine Nervosität an sich abgleiten läßt, so darf diese leste Haltung zu einem guten Teil auf das Konto des Nürnberger Reichsparteitages gebucht werden. Die Worte, die hier gesprochen wurden, die Kundgebungen geschlossener nationalen Willens, die hier erfolgen, waren von der Kriegsgehege der fremden Gesellschaften weitestgehend entfernt. Was in Nürnberg geschah, war ein Bekennnis der Kraft, aber auch der überzeugtesten Rechtsgeistes. In Nürnberg wurde nicht für den Krieg, sondern für den Frieden gearbeitet. Wir wollen hoffen, daß dieser klare politische Kurs auch allmählich die anderen, und nicht zuletzt das unruhige Prag, nach der nervösen Friedensbasse wieder zur Vernunft zurückführt.

Italien und die sudetendeutsche Frage

Bolle Solidarität mit Deutschland

Rom, 9. September. Die hochoffiziöse „Informazione Diplomatica“ nimmt in einer soeben erschienenen Ausgabe zu der derzeitigen Lage Stellung, wobei es u. a. heißt:

In verantwortlichen Kreisen Rom verfolgt man mit großer Aufmerksamkeit und zugleich mit der größten Ruhe die Entwicklung der Lage im Konflikt zwischen der Sudetendeutschen Partei — die 3½ Millionen in der Tschecho-Slowakei lebenden Deutschen vertreibt — und der Prager Regierung.

Gewiß der Politik der Afise war und ist Italiens Haltung eindeutig für die von Gentile in den bekannten acht Karlsbader Punkten aufgestellten Forderungen. Den verantwortlichen Kreisen Rom erscheint es klar, daß in der sudetendeutschen Frage fremde und unverantwortliche Kräfte am Werk sind, die von Moskau und Paris abhängen und den Widerstand der Prager Regierung verstärken, indem sie die Möglichkeit von — vielleicht zweifelhaften! — Hilfesuchungen durchblenden lassen und die Gegenseite auf das Gebiet der entgegengesetzten Ideologien verzögern.

In den verantwortlichen römischen Kreisen wird die Haltung des deutschen Volkes — im besonderen gegenüber der französischen Teilmobilmachung — und die Zurückhaltung sehr gewürdigt, die der Führer in seiner Botschaft an den Nürnberger Parteitag bewiesen hat.

Wenn Prag sich den Tatsachen fügt, ist es möglich, eine größere Krise zu vermeiden. Die Haltung Italiens in der sudetendeutschen Frage wurde in den Besprechungen festgestellt, die der Führer in Rom mit dem Duce hatte. Italien ist weder zur Einberufung von Referendumsgangungen übergegangen, noch hat es andere militärische Maßnahmen getroffen, vor allem, weil es, falls nicht die Aktion der demokratischen heimischen Strömungen die Oberhand gewinnt, eine Verhinderung noch für möglich hält, und weil seine innere Struktur ihm erlaubt, jeder Möglichkeit sofort entgegenzutreten.

Mailand, 9. September. (Eig. Kurzmeldg.) Die Stellungnahme Italiens zur sudetendeutschen Frage, die in der „Informazione Diplomatica“ niedergelegt wurde, nimmt in der norditalienischen Presse heute den ersten Platz ein. Der Wortlaut der Erklärungen wird von sämtlichen Blättern in Schlagzeilen und Titelblatt an die Spalte der Titelseite gestellt. Der „Corriere della Sera“ erklärt, Italien sei den Forderungen Henleins durchaus günstig genein. Der „Popolo d'Italia“ hält an die Spalte seiner Ausführungen die Erwähnung der Tatsache, daß die Haltung Italiens in der sudetendeutschen Frage in den römischen Besprechungen zwischen Mussolini und dem Führer festgelegt wurde. Die Turiner „Stampa“ erklärt, daß Italien mit Deutschland in voller Solidarität handele.

„Umbau des tschechischen Staates dringend notwendig“

Die polnische Presse über die gemeinsame Beratung der unterdrückten Volksgruppen

Warschau, 9. Sept. (E. F.) Die polnische Presse veröffentlicht einen Bericht der polnischen Telegraphenagentur über die geistige gemeinsame Sitzung des Vertreters des Politischen Ausschusses der Sudetendeutschen Partei, der Slowakischen Partei, der Vereinigung der ungarischen Verbündeten und der polnischen Organisationen. In der Berichtsurteilung, die in großer Aufmachung wiedergegeben wird, wird festgestellt, daß die Versammelten völlig übereinstimmten hinsichtlich der Notwendigkeit eines dringenden Umbaus des tschechischen Staates und einer Regelung der Nationalitätenfrage.

„Kurier Warszawski“ unterstreicht, daß die Schaffung einer gemeinsamen Widerstandsfrente zweifelsohne einen wesentlichen Einfluß auf den weiteren Verhandlungsgang in Prag ausüben werde.

„Gazeta Poranna“ schreibt in einer Meldung aus Prag, die lichstatische Regierung befindet sich jetzt in einer außerordentlich schwierigen Bedrängnis, zumal eine erhebliche Meinungsverschiedenheit zwischen Ministerpräsident Hodza und dem Staatspräsidenten Benes besteht. Hinzu kommt, daß der durch die tschechische Presse seit Monaten aufgeputzte Modus eine immer bedrohlichere Stellung einnehme und die Regierung sich aus Angst vor der Strafe scheue, etwaigen vernünftigen Vorschlägen von dritter Seite nachzugeben.

Die nationalsozialistische Presse brandmarkt das „kleinliche Schloß französischer Heher“

Bilbao, 9. Sept. (E. F.) In den außenpolitischen Betrachtungen zahlreicher nationalsozialistischer Blätter wird die in Frankreich herrschende Unruhe und Jerrissenheit der gesammelten Kraft Großdeutschlands gegenübergestellt.

In ihrem Beiträger unter der Überschrift „Ruhige Sicherheit und Hoffnung“ unterstellt die in San Sebastián erscheinende Zeitung „Uribarri“ die Gründe, die Frankreich zur Einführung militärischer Maßnahmen führen. Damit, wenn die innerpolitische Lage Frankreichs gefährdet wird, so sagt das Blatt, werde der Rückschlag einer „deutschen Gefahr“ mobilisiert. Die offensichtliche Korruption, die endlosen Streits, die Ausdöhlung der Währung und die Unterblanz des Haushalts führen die Regierung in eine Sackgasse. Um sich heraus zu retten, liebäugeln gewisse französische Kreise sogar mit dem Gedanken eines Krieges an der Seite sow-

jetzlands, um den Zusammenbruch der Völkerfrontregierung zu verhindern. Das sei einfacher, als die Platte von der „deutschen Gefahr“ aufzulegen, um die Franzosen zu überzeugen, daß es ihre Pflicht sei, für Soba ins Feld zu ziehen, und so eine Kriegsatmosphäre zu schaffen, die die Aufmerksamkeit von der inneren Einigung ablenke. Demgegenüber sei ein einiges Deutschland in Nürnberg versammelt, um Rechenschaft abzulegen über die Folgen des letzten Jahres. Das kleinliche Schloß französischer Heher lasse die Größe des Werkes Adolf Hitlers nur noch monumental wirken.

Schwere Erbitterung in Komotau

Sudetendeutsche als Freiwillige

Prag, 8. September. Der Stadtrat von Komotau hat angehört der ständigen schweren Ausschreitungen der dortigen Garnison folgende Entschließung gefaßt:

In der letzten Zeit wurden in Komotau wiederholt in der Nacht Einwohner deutscher Nationalität auf der Straße von Soldaten der hiesigen Garnison angehalten und

bedroht, ja, in einigen Fällen mit dem Waffenstiel bedroht oder sogar niedergeschlagen oder blutig unruhig, ja, Erbitterung bereitet. Daburch hat sich der Bevölkerung eine tiefe Feindseligkeit entzündet. Trotz sofortiger Intervention bei den behördlichen Stellen wurden die Täter mehrfach noch bestraft, obwohl dies in dem Falle, der sich in der Nacht vom 3. auf den 4. September ereignet hat, ohne weiteres möglich gewesen wäre. Der Stadtrat zu Komotau stellt fest, daß die lokalen Behörden nicht die erforderlichen Maßnahmen ergriffen haben, um der durch diese Zwischenfälle hervorgerufenen Un Sicherheit ein Ende zu machen. Die Bevölkerung hat trotzdem bisher in anerkennenswerter Weise Ruhe und Disziplin bewahrt. Der Stadtrat hält es aber für seine Pflicht, die behördlichen Stellen auf diese Sache hinzuweisen und die Erziehung wissamer Maßnahmen gegen das Ausbreiten von Militärbesetzungen und Bestrafung der Täter, Einschränkung der Überheitsbevollmächtigung und des Alkoholausschanks an Militärs (Personen) zu fordern.

Bei einer Sitzung des Bezirksausschusses in Komotau verließ die sudetendeutsche Fraktion den Saal, um gegen das rigorose Verhalten des tschechischen Militärs und der Polizei zu protestieren.

Bastonaden zur Erpressung von Geständnissen

Politische Untersuchungshäftlinge von Tschechen auf schwerste mishandelt

DRB, Prag, 8. September. Das Preßamt der Sudetendeutschen Partei teilt mit: Der Politische Ausschuß der Hauptleitung der Sudetendeutschen Partei hat heute in einer außerordentlichen Sitzung Beklagerungen behandelt, die sich gerade in letzter Zeit wieder häufen und beweisen, daß Untersuchungshäftlinge in politischen Strafverfahren schwersten Mißhandlungen ausgesetzt werden. Der Politische Ausschuß hat aus Anlaß der Mährisch-Ostrauer Sitzung eine Generaluntersuchung des gesamten bei den Parteistellen eingelaufenen Materials durchgeführt und die Frage der Legalität der tschecho-slowakischen Justizpraxis geprüft. Am Anfang davon erschien der Leiter des Amtes für Rechtspolitische Kontrolle, Abg. Dr. Neuwirth, der gestern in besonderem Auftrag die letzten Vorfälle bei der Polizeidirektion in Mährisch-Ostrau untersucht hatte, einen Bericht.

Obwohl in Einzelheiten über die in Mährisch-Ostrau geschehenen Mißhandlungen zu veröffentlichen, hielte die

Politische Untersuchungshäftlinge fest, daß Untersuchungshäftlinge gesetzwidrig Untersuchungshäftlinge bis zur Dauer

von 2 Jahren unterworfen werden, daß seit mehr als Jahresfrist politische Untersuchungshäftlinge nichtschädlicher

Polizeiangehörigkeit schwersten Mißhandlungen ausgesetzt sind. Es wurde einwandfrei festgestellt, daß u. a.

Bastonaden und das Verwürgeln zagedeckter Häftlinge mit Gummi knüppeln angewandt werden. Aus der Tatsache, daß

die ungeheure Methoden gleichzeitig bei verschiedenen Untersuchungshäftlingen, wie in Pilsen, Prag, Olmütz erwiesen werden, geht hervor, daß diese Methoden auf Einflussnahme bestimmter interessanter Stellen zurückzuführen sind.

Die Sudetendeutsche Partei erhält die politische Bedeutung dieser Einflussnahme im besonderen darin, daß sie im gegenwärtigen Augenblick erfolgt, obwohl die Sudetendeutsche Partei durch ihre berufenen Vertreter seit Jahr und Tag die aufständigen Stellen auf die unfaßbaren Verhältnisse aufmerksam gemacht hat und der Ministerpräsident und der Innensenator zu wiederholten Beschwerden Untersuchung und Aufklärung versprochen haben. Die fortwährende Anwendung dieser Methoden bis in die jüngste Zeit beweist, daß Ministerpräsident und Innensenator das aufgezeigte System nicht verhindern konnten. Andererseits muß in diesem Zusammenhang festgestellt werden, daß der Ministerpräsident nicht in Wahrheit der Sudetendeutschen Partei in die Sonderlisten der Militärverbandsverteidiger zu erreichen.

Die Sudetendeutsche Partei erhält die politische Bedeutung dieser Einflussnahme im besonderen darin, daß sie im gegenwärtigen Augenblick erfolgt, obwohl die Sudetendeutsche Partei durch ihre berufenen Vertreter seit Jahr und Tag die aufständigen Stellen auf die unfaßbaren Verhältnisse aufmerksam gemacht hat und der Ministerpräsident und der Innensenator zu wiederholten Beschwerden Untersuchung und Aufklärung versprochen haben. Die fortwährende Anwendung dieser Methoden bis in die jüngste Zeit beweist, daß Ministerpräsident und Innensenator das aufgezeigte System nicht verhindern konnten. Andererseits muß in diesem Zusammenhang festgestellt werden, daß der Ministerpräsident nicht in Wahrheit der Sudetendeutschen Partei in die Sonderlisten der Militärverbandsverteidiger zu erreichen.

Die Sudetendeutsche Partei erhält die politische Bedeutung dieser Einflussnahme im besonderen darin, daß sie im gegenwärtigen Augenblick erfolgt, obwohl die Sudetendeutsche Partei durch ihre berufenen Vertreter seit Jahr und Tag die aufständigen Stellen auf die unfaßbaren Verhältnisse aufmerksam gemacht hat und der Ministerpräsident und der Innensenator zu wiederholten Beschwerden Untersuchung und Aufklärung versprochen haben. Die fortwährende Anwendung dieser Methoden bis in die jüngste Zeit beweist, daß Ministerpräsident und Innensenator das aufgezeigte System nicht verhindern konnten. Andererseits muß in diesem Zusammenhang festgestellt werden, daß der Ministerpräsident nicht in Wahrheit der Sudetendeutschen Partei in die Sonderlisten der Militärverbandsverteidiger zu erreichen.

Die Sudetendeutsche Partei erhält die politische Bedeutung dieser Einflussnahme im besonderen darin, daß sie im gegenwärtigen Augenblick erfolgt, obwohl die Sudetendeutsche Partei durch ihre berufenen Vertreter seit Jahr und Tag die aufständigen Stellen auf die unfaßbaren Verhältnisse aufmerksam gemacht hat und der Ministerpräsident und der Innensenator zu wiederholten Beschwerden Untersuchung und Aufklärung versprochen haben. Die fortwährende Anwendung dieser Methoden bis in die jüngste Zeit beweist, daß Ministerpräsident und Innensenator das aufgezeigte System nicht verhindern konnten. Andererseits muß in diesem Zusammenhang festgestellt werden, daß der Ministerpräsident nicht in Wahrheit der Sudetendeutschen Partei in die Sonderlisten der Militärverbandsverteidiger zu erreichen.

Die Sudetendeutsche Partei erhält die politische Bedeutung dieser Einflussnahme im besonderen darin, daß sie im gegenwärtigen Augenblick erfolgt, obwohl die Sudetendeutsche Partei durch ihre berufenen Vertreter seit Jahr und Tag die aufständigen Stellen auf die unfaßbaren Verhältnisse aufmerksam gemacht hat und der Ministerpräsident und der Innensenator zu wiederholten Beschwerden Untersuchung und Aufklärung versprochen haben. Die fortwährende Anwendung dieser Methoden bis in die jüngste Zeit beweist, daß Ministerpräsident und Innensenator das aufgezeigte System nicht verhindern konnten. Andererseits muß in diesem Zusammenhang festgestellt werden, daß der Ministerpräsident nicht in Wahrheit der Sudetendeutschen Partei in die Sonderlisten der Militärverbandsverteidiger zu erreichen.

Die Sudetendeutsche Partei erhält die politische Bedeutung dieser Einflussnahme im besonderen darin, daß sie im gegenwärtigen Augenblick erfolgt, obwohl die Sudetendeutsche Partei durch ihre berufenen Vertreter seit Jahr und Tag die aufständigen Stellen auf die unfaßbaren Verhältnisse aufmerksam gemacht hat und der Ministerpräsident und der Innensenator zu wiederholten Beschwerden Untersuchung und Aufklärung versprochen haben. Die fortwährende Anwendung dieser Methoden bis in die jüngste Zeit beweist, daß Ministerpräsident und Innensenator das aufgezeigte System nicht verhindern konnten. Andererseits muß in diesem Zusammenhang festgestellt werden, daß der Ministerpräsident nicht in Wahrheit der Sudetendeutschen Partei in die Sonderlisten der Militärverbandsverteidiger zu erreichen.

Die Sudetendeutsche Partei erhält die politische Bedeutung dieser Einflussnahme im besonderen darin, daß sie im gegenwärtigen Augenblick erfolgt, obwohl die Sudetendeutsche Partei durch ihre berufenen Vertreter seit Jahr und Tag die aufständigen Stellen auf die unfaßbaren Verhältnisse aufmerksam gemacht hat und der Ministerpräsident und der Innensenator zu wiederholten Beschwerden Untersuchung und Aufklärung versprochen haben. Die fortwährende Anwendung dieser Methoden bis in die jüngste Zeit beweist, daß Ministerpräsident und Innensenator das aufgezeigte System nicht verhindern konnten. Andererseits muß in diesem Zusammenhang festgestellt werden, daß der Ministerpräsident nicht in Wahrheit der Sudetendeutschen Partei in die Sonderlisten der Militärverbandsverteidiger zu erreichen.

Die Sudetendeutsche Partei erhält die politische Bedeutung dieser Einflussnahme im besonderen darin, daß sie im gegenwärtigen Augenblick erfolgt, obwohl die Sudetendeutsche Partei durch ihre berufenen Vertreter seit Jahr und Tag die aufständigen Stellen auf die unfaßbaren Verhältnisse aufmerksam gemacht hat und der Ministerpräsident und der Innensenator zu wiederholten Beschwerden Untersuchung und Aufklärung versprochen haben. Die fortwährende Anwendung dieser Methoden bis in die jüngste Zeit beweist, daß Ministerpräsident und Innensenator das aufgezeigte System nicht verhindern konnten. Andererseits muß in diesem Zusammenhang festgestellt werden, daß der Ministerpräsident nicht in Wahrheit der Sudetendeutschen Partei in die Sonderlisten der Militärverbandsverteidiger zu erreichen.

Die Sudetendeutsche Partei erhält die politische Bedeutung dieser Einflussnahme im besonderen darin, daß sie im gegenwärtigen Augenblick erfolgt, obwohl die Sudetendeutsche Partei durch ihre berufenen Vertreter seit Jahr und Tag die aufständigen Stellen auf die unfaßbaren Verhältnisse aufmerksam gemacht hat und der Ministerpräsident und der Innensenator zu wiederholten Beschwerden Untersuchung und Aufklärung versprochen haben. Die fortwährende Anwendung dieser Methoden bis in die jüngste Zeit beweist, daß Ministerpräsident und Innensenator das aufgezeigte System nicht verhindern konnten. Andererseits muß in diesem Zusammenhang festgestellt werden, daß der Ministerpräsident nicht in Wahrheit der Sudetendeutschen Partei in die Sonderlisten der Militärverbandsverteidiger zu erreichen.

Die Sudetendeutsche Partei erhält die politische Bedeutung dieser Einflussnahme im besonderen darin, daß sie im gegenwärtigen Augenblick erfolgt, obwohl die Sudetendeutsche Partei durch ihre berufenen Vertreter seit Jahr und Tag die aufständigen Stellen auf die unfaßbaren Verhältnisse aufmerksam gemacht hat und der Ministerpräsident und der Innensenator zu wiederholten Beschwerden Untersuchung und Aufklärung versprochen haben. Die fortwährende Anwendung dieser Methoden bis in die jüngste Zeit beweist, daß Ministerpräsident und Innensenator das aufgezeigte System nicht verhindern konnten. Andererseits muß in diesem Zusammenhang festgestellt werden, daß der Ministerpräsident nicht in Wahrheit der Sudetendeutschen Partei in die Sonderlisten der Militärverbandsverteidiger zu erreichen.

Die Sudetendeutsche Partei erhält die politische Bedeutung dieser Einflussnahme im besonderen darin, daß sie im gegenwärtigen Augenblick erfolgt, obwohl die Sudetendeutsche Partei durch ihre berufenen Vertreter seit Jahr und Tag die aufständigen Stellen auf die unfaßbaren Verhältnisse aufmerksam gemacht hat und der Ministerpräsident und der Innensenator zu wiederholten Beschwerden Untersuchung und Aufklärung versprochen haben. Die fortwährende Anwendung dieser Methoden bis in die jüngste Zeit beweist, daß Ministerpräsident und Innensenator das aufgezeigte System nicht verhindern konnten. Andererseits muß in diesem Zusammenhang festgestellt werden, daß der Ministerpräsident nicht in Wahrheit der Sudetendeutschen Partei in die Sonderlisten der Militärverbandsverteidiger zu erreichen.

Die Sudetendeutsche Partei erhält die politische Bedeutung dieser Einflussnahme im besonderen darin, daß sie im gegenwärtigen Augenblick erfolgt, obwohl die Sudetendeutsche Partei durch ihre berufenen Vertreter seit Jahr und Tag die aufständigen Stellen auf die unfaßbaren Verhältnisse aufmerksam gemacht hat und der Ministerpräsident und der Innensenator zu wiederholten Beschwerden Untersuchung und Aufklärung versprochen haben. Die fortwährende Anwendung dieser Methoden bis in die jüngste Zeit beweist, daß Ministerpräsident und Innensenator das aufgezeigte System nicht verhindern konnten. Andererseits muß in diesem Zusammenhang festgestellt werden, daß der Ministerpräsident nicht in Wahrheit der Sudetendeutschen Partei in die Sonderlisten der Militärverbandsverteidiger zu erreichen.

Die Sudetendeutsche Partei erhält die politische Bedeutung dieser Einflussnahme im besonderen darin, daß sie im gegenwärtigen Augenblick erfolgt, obwohl die Sudetendeutsche Partei durch ihre berufenen Vertreter seit Jahr und Tag die aufständigen Stellen auf die unfaßbaren Verhältnisse aufmerksam gemacht hat und der Ministerpräsident und der Innensenator zu wiederholten Beschwerden Untersuchung und Aufklärung versprochen haben. Die fortwährende Anwendung dieser Methoden bis in die jüngste Zeit beweist, daß Ministerpräsident und Innensenator das aufgezeigte System nicht verhindern konnten. Andererseits muß in diesem Zusammenhang festgestellt werden, daß der Ministerpräsident nicht in Wahrheit der Sudetendeutschen Partei in die Sonderlisten der Militärverbandsverteidiger zu erreichen.

Die Sudetendeutsche Partei erhält die politische Bedeutung dieser Einflussnahme im besonderen darin, daß sie im gegenwärtigen Augenblick erfolgt, obwohl die Sudetendeutsche Partei durch ihre berufenen Vertreter seit Jahr und Tag die aufständigen Stellen auf die unfaßbaren Verhältnisse aufmerksam gemacht hat und der Ministerpräsident und der Innensenator zu wiederholten Beschwerden Untersuchung und Aufklärung versprochen haben. Die fortwährende Anwendung dieser Methoden bis in die jüngste Zeit beweist, daß Ministerpräsident und Innensenator das aufgezeigte System nicht verhindern konnten. Andererseits muß in diesem Zusammenhang festgestellt werden, daß der Ministerpräsident nicht in Wahrheit der Sudetendeutschen Partei in die Sonderlisten der Militärverbandsverteidiger zu erreichen.

Die Sudetendeutsche Partei erhält die politische Bedeutung dieser Einflussnahme im besonderen darin, daß sie im gegenwärtigen Augenblick erfolgt, obwohl die Sudetendeutsche Partei durch ihre berufenen Vertreter seit Jahr und Tag die aufständigen Stellen auf die unfaßbaren Verhältnisse aufmerksam gemacht hat und der Ministerpräsident und der Innensenator zu wiederholten Beschwerden Untersuchung und Aufklärung versprochen haben. Die fortwährende Anwendung dieser Methoden bis in die jüngste Zeit beweist, daß Ministerpräsident und Innensenator das aufgezeigte System nicht verhindern konnten. Andererseits muß in diesem Zusammenhang festgestellt werden, daß der Ministerpräsident nicht in Wahrheit der Sudetendeutschen Partei in die Sonderlisten der Milit